Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 64 (1984)

Heft: 7-8

Artikel: Mitterands verwandelte Sendung : zwischen Sachzwängen und Linksallianz

Autor: Meier, H.U.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-164148

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

H. U. Meier

Mitterrands verwandelte Sendung

Zwischen Sachzwängen und Linksallianz

Nichts bleibt zutreffender als die Äusserungen Edgar Faures, die in dieser Zeitschrift schon einmal vermerkt wurden (März 1983) und die sechs Monate nach Mitterrands Amtsantritt das Urteil fällten: *«Es geschah das, was (aufgrund der französischen Erfahrungen) bei einer sozialistischen Regierung nach einem halben oder nach anderthalb Jahren immer passiert: Man ist am Ende, die Kassen sind leer, der Staatshaushalt ist aus dem Gleichgewicht gebracht, das Vertrauen schwindet. In diesem Moment wird normalerweise die Regierung gewechselt und eine neue politische Kombination gewählt, um eine andere Politik zu betreiben. Die grosse Neuheit besteht darin, dass in der Fünften Republik das Sicherheitsventil der institutionellen Mechanismen fehlt – jene Sicherung, die jeweils durchbrannte und einen notwendigen Kurswechsel anzeigte. Daher muss heute eine andere Politik von den gleichen Leuten durchgeführt werden, so dass man den Wechsel weniger bemerkt.»*

Ein starres System

Die Geschichte hatte sich wiederholen wollen. Wie die früheren Linksregimes, namentlich das «Cartel des gauches» (1924–1926) und die «Volksfront» (1936–1938), war dem Mitterrand-System, das traditionsgemäss der Pleite entgegensteuerte, von Haus aus die gleiche Kurzlebigkeit beschieden. Es wäre «normalerweise» 1982 gestürzt worden. Aber die Geschichte wiederholte sich nicht. Ein Riegel war vorgeschoben: die von de Gaulle geschaffene institutionelle Stabilität. In der Fünften Republik gelten nicht mehr die gleichen Spielregeln. Ein extrem wechselhaftes wich einem ausgesprochen starren System. So bleiben die politischen Führer, die ab 1981 die Fehler ihrer Vorgänger von einst begingen, «unbestraft» und dürfen ihr Werk fortsetzen. Sie dürfen aber auch – denn sie erkannten die drohenden Gefahren – ihre Fehler korrigieren. Ein Edouard Herriot wird

nicht von einem Reymond Poincaré, ein Léon Blum nicht von einem Paul Reynaud abgelöst. Die Herren Mitterrand und Delors nehmen nach verunglücktem Anfangskurs ihre Sanierung selber vor.

Es mag endlos darüber diskutiert werden, ob die frühere institutionelle Flexibilität zweckmässiger war und grössere Schäden vermied, oder ob es richtiger ist, dass die Regierenden nicht gleich wegen jedem Missgriff abtreten müssen. Tatsache ist, dass Mitterrand ab Juni 1982 den Kurs korrigierte und dass diese Umstellung seither noch viel schärfere Formen annahm. Tatsache ist ferner, dass diese einsichtsvolle und couragierte Umstellung mit enormen politischen Komplikationen verbunden ist. Den Regierungsparteien wird eine arge Relativierung ihrer Dogmen zugemutet. Bei den Oppositionsvertretern bemerkt man unterschiedliche Reaktionen. Sie urteilten zunächst ein wenig vorschnell und fanden, das Linksexperiment sollte nach offensichtlichem Scheitern schleunigst abgebrochen werden – es wäre nur recht und billig, wenn Mitterrand Parlamentsneuwahlen ausschreiben würde. Mit der Zeit wurden die Forderungen weniger ungestüm.

Das Oppositionslager wurde sich einer Gefahr bewusst: Wenn die Linksregierung zu rasch weichen müsste, würde sie sich ewig frustriert fühlen. Sie könnte dann behaupten, man habe ihr keine richtige Chance gegeben, ja, man habe ihr Unternehmen durch Sabotage kurzfristig zu Fall gebracht. So war zum Beispiel für die Linke das Argument, dass sie eben wieder einmal an die «Mauer des Geldes» gestossen sei, historisch schon gegeben und brauchte nur aus der Schublade geholt zu werden. Die Opponenten hatten kaum Interesse an solchen Kurzschlussreaktionen, ja sie begannen eine gewisse «Nützlichkeit» des Linksexperiments einzusehen. Giscard d'Estaings ehemaliger Premierminister Raymond Barre war in dieser Sache ein markanter Vorläufer. Weit im Vorfeld von Mitterrands Machtübernahme – als diese noch als höchst unwahrscheinlich galt – erklärte er, man sollte die Linke regieren lassen, damit man sehe, was bei ihren wirtschaftlichen Theorien herauskomme; leider würde dies dem Land schaden, aber die Demonstration wäre von unschätzbarem didaktischem Wert. Barre sollte «angenehm enttäuscht» werden: Die Demonstration kam doch noch.

Die Opposition denkt um

Nun verbreitet sich bei den Opponenten eine Betrachtungsweise, in der das Mitterrandsche Experiment nicht mehr eine primitive und summarische Verdammung erfährt, sondern subtiler beurteilt wird: Hat es nicht sein Gutes? Ja, der Sprung wird gewagt, der vom Negativen ins Positive führt:

Erwirbt sich Mitterrand nicht ein unvergleichliches Verdienst, wenn er die Untauglichkeit seiner Theorien an den Tag legt und die sich aufdrängenden Korrekturen selber vornimmt? Gewiss, eine solche «Anerkennung» wirkt als Sarkasmus. Mitterrand hätte ein unfreiwilliges Werk, eine historische Leistung «a contrario» vollbracht.

Es mag jedoch wirklich als historische Leistung empfunden werden, wenn dem Land eine Lektion ersten Ranges, eine grundlegende Umschulung verabfolgt wird, die von jahrelang wirksamen Propagandathesen, von allzu einfachen sozialistisch-kommunistischen Rezepten wegführt.

Vordem waren die rechtsgerichteten Regierungen von diesen Theorien geistig unterhöhlt. Nur mit Mühe vermochten sie sich dieser ideologischen Anfechtung zu erwehren. In ihren etwaigen liberalen, antidirigistischen Anwandlungen waren sie gelähmt, von Schuldkomplexen zernagt. Mit ihren schüchternen Argumenten und pädagogischen Versuchen brachten sie jene «Bekehrung» und «Gesundung» nicht zustande, die seither durch den sozialistischen Anschauungsunterricht bewirkt wurde.

Mitterrands Zauberformeln

«Der Ausweg aus der Krise ist der Ausweg aus dem krisenbefallenen Kapitalismus», proklamierte das sozialistische Programm (projet socialiste) von 1980. Durch die Abschaffung des Kapitalismus sollte die Krise überwunden werden – namentlich die Arbeitslosigkeit, die die Hauptsorge und das Hauptthema beim Machtwechsel von 1981 bildete. Ein massives Verstaatlichungsprogramm sollte wichtige Industrien sowie das Bankensystem in den Dienst der Allgemeinheit statt des Profits stellen und die «Stosswaffe» der wirtschaftlichen Relance bilden.

Der strukturelle internationale Charakter der Krise und Frankreichs Abhängigkeit von dieser Umwelt wurde von der Linken energisch bestritten. In seinem programmatischen Buch von 1980 *«Ici et maintenant»* schrieb Mitterrand die zunehmende Arbeitslosigkeit einer bewussten Politik von Regierung und Unternehmertum zu: *«Regierung und Patronat betrachten die Arbeitslosigkeit wie der Arzt das Fieber: eine gesunde Reaktion des Organismus. Aber im Unterschied zum Arzt, der dem Körper in seiner Abwehr gegen die Krankheit hilft, erhalten Regierung und Patronat die Arbeitslosigkeit aufrecht.» (...) «Das Grosskapital, um beim medizinischen Vergleich zu bleiben, bedient sich der Arbeitslosigkeit wie eines Klistiers. Ihm ist die Erhaltung und womöglich die Vermehrung des Profits das Wichtigste.»*

Weit über diese schon stark moralisch getönte Wirtschaftsanalyse hinaus

verbreitete die Linke eine ethische und kulturelle Botschaft, in der eine «andere Logik» gelten sollte, die «Herrschaft der Zahlen» bestritten wurde, statt mit «dem Rechenschieber» mit dem Herzen regiert werden sollte und Formeln wie *«die kulturelle Überwindung der Krise»* wurden geprägt. Immerhin blieb noch Raum für praktische Massnahmen: die Linksregierung führte sich ein mit der «Wirtschaftsbelebung durch den Verbrauch» – Erhöhung von Sozialleistungen und Löhnen, Schaffung von 200 000 Beamtenstellen – jenes Relance-Massnahmenpaket, das dann Mitte 1982 wegen drohender Pleite das Alarmsignal auslöste.

Trotz absoluter Priorität, feierlichsten Engagements und ehrlichen Bemühungen gelang es nicht, die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Nach anfänglichen Stabilisierungserfolgen, vor allem dank künstlichen Massnahmen (Frühpensionierungen, Schaffung von subventionierten Ausbildungs- und Weiterbildungsstellen), kam es gegen Ende 1983 zu einer rapiden Zunahme der Stellensuchenden. Im April 1984, praktisch nach drei Jahren Linksregierung, musste eine Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen um 590 000 auf 2,25 Millionen registriert werden, und die Zahl der Stellensuchenden vermehrte sich nun im Monatsrhythmus von 50 000. Die von der Linken verbreiteten hochfliegenden Hoffnungen erfüllten sich nicht. Im Mai 1984 veröffentlichte das satirische Blatt *«Le Canard enchaîné»* eine merkwürdige «Geburtstagsmeldung» zum Drei-Jahr-Jubiläum von Mitterrands Wahlsieg. Er vermerkte, dass der gesetzliche Mindestlohn unter Mitterrand zwischen 1981 und 1984 um 14,8 Prozent gestiegen war – weniger als in der Vergleichsperiode unter Giscard d'Estaing von 1974 bis 1977: 15,1 Prozent.

Austerity

Mit der energischen Austerity-Politik, die ab März 1983 einsetzte, müssen die von der Linksregierung begangenen «Anfangssünden» wieder gutgemacht werden. Diese Austerity übertrifft an Härte alles, was sich die Regierung Giscard-Barre hatte leisten können; insbesondere ging dabei eine Errungenschaft dahin, die die Arbeiter für unveräusserlich gehalten hatten – die gleitende Lohnskala. Gleichzeitig änderte sich unter dem Druck der Realitäten die Sprache der Regierenden, namentlich des Staatspräsidenten. Die Umweltfaktoren, die Einwirkungen der internationalen Krise wurden nun mehr anerkannt, die «Zahlen» wurden nicht mehr verachtet, Begriffe wie Wettbewerbsfähigkeit und Marktwirtschaft wurden aufgewertet samt dem Patronat, den Chefs der Privatunternehmen, namentlich auch der Mittel- und Kleinbetriebe, denen im Wirtschaftskampf eine wichtige Rolle zugemessen wurde.

Umwertungen

Überhaupt kam es in Frankreich zu einer bemerkenswerten geistigen Entwicklung, einem Umdenken, einer Neubewertung der Dinge. Eine Art Kulturrevolution setzte ein, in welcher manche Begriffe, die in Politik und Wirtschaft eine Rolle spielen, neu bewertet wurden. Entsprechende aufschlussreiche Meinungsumfragen erschienen.

Aus der Fülle dieses demoskopischen Materials seien hier nur einige der frappantesten Beispiele herausgegriffen. Sie beziehen sich auf politisch-wirtschaftlich besonders profilierte oder «empfindliche» Begriffe wie Verstaatlichungen, Profit, Sozialismus, kommunistische Regierungsbeteiligung. Im Dezember 1983 wurde vom Meinungsforschungs-Institut SOFRES ermittelt, dass der Begriff «Sozialismus» im Volk eine überwiegend positive Beurteilung erfuhr: 44 gegen 34 Prozent. Er erlitt aber seit Mitterrands Machtübernahme einen erheblichen Kursverlust: Im April 1980 war der Sozialismus mit 56 gegen 19 Prozent positiv beurteilt worden. Während hier ein bloss relativer Verlust vorliegt, wurde der Begriff «Verstaatlichungen» das Opfer einer eigentlichen Umkehrung der Werte. Laut einer Umfrage von 1980 wurden die Nationalisierungen mit 40 gegen 35 Prozent der Meinungen für eine gute Sache gehalten, 1983 hatte sich mit 46 Prozent negativen gegen 34 Prozent positiven Meinungen das Verhältnis umgekehrt.

Eine Umwertung vom Negativen zum Positiven erfuhr hingegen der Begriff «Profit». Während er 1980 39 Prozent negative gegen 37 Prozent positive Urteile auf sich vereinigte, wandte sich das Verhältnis 1983 mit 42 gegen 33 Prozent ins Positive. Dass ein in Frankreich traditionell so anrüchiger Begriff wie Profit (der bezeichnenderweise meist anstelle von Ertrag oder Rendite verwendet wird), eine solche Rehabilitation erfährt, ist bemerkenswert.

Ein weiteres Prinzip erfuhr eine «Wertumkehr», jedoch im entgegengesetzten Sinn: die kommunistische Regierungsbeteiligung. Im Oktober 1983 äusserten sich die Franzosen mit 45 zu 28 Prozent gegen die Mitwirkung von KP-Vertretern in Mitterrands Regierung. Der Meinungsumschwung in dieser Angelegenheit hatte sich im Januar 1983 angebahnt. Er brach mit einer weit zurückreichenden Tradition: seit Jahren erntete diese – seinerzeit allerdings nur theoretisch – gestellte Frage überwiegend positive Antworten, beispielsweise im Mai 1979 mit 63 gegen 25 Prozent.

Seit die Linksregierung an der Arbeit ist, wirkt sich das für ihre Ideen kontraproduktiv aus. So lapidar – und vernichtend – könnte die Schlussfolgerung gezogen werden. Mitterrand bereitet im Grunde das Terrain für die Opposition vor, die dann einmal wirklich nach der liberalen Seite aus-

schlüge. Es ist bezeichnend, dass sich auch die Rechte von dem nun vorherrschenden Trend erfassen lässt. Sie zeigt weniger Hemmungen, sich als «Rechte» zu bekennen. Die Zeiten sind vorbei, da auch ihre Vertreter eine «sozialistische Ader» haben wollten oder – wie man es aus dem Mund von Gaullisten vernahm – erklärten: «Die wahren Sozialdemokraten sind *wir*.» Diese politischen Kräfte zählen nun auf die «Befreiung» Frankreichs von den sozialistischen Dogmen und Hemmnissen und auf eine vordem undenkbare Entfaltungsmöglichkeit für den Liberalismus. Das Mitterrand-Experiment scheint nicht nur von den Illusionen in den Realismus zurückzuführen, sondern letztlich den Grundstein für ein liberales Frankreich zu legen. Die «historische Sendung» Mitterrands – der Frankreich in eine sozialistische Gesellschaft überführen wollte – erscheint in diesem Sinn merkwürdig verwandelt.

«Barrismus» mit Feigenblatt

Freilich ist mit solchen Prognosen Vorsicht am Platz, und die Idee eines liberalen Frankreich entzieht sich vorderhand rundweg dem Vorstellungsvermögen. Doch für das Weiterwirken der Linksregierung ist relevant, dass sie ihren Kurswechsel, ihre Bekehrung von der Ideologie zum Realismus, nicht zugeben kann. Nie könnte sie eingestehen, dass sie sich der Barreschen Politik annähern musste, dass folglich dessen «Austerity» begründet war. Ein konsequent verhängtes Tabu, ein groteskes Feigenblatt verhüllt seit Juni 1982 ihre eigene Austerity-Politik: dieser Ausdruck darf offiziell nicht verwendet werden.

Statt dessen wird wenigstens eine Politik der «*rigueur*» (Strenge) zugegeben, den auch die KPF hinnehmen kann, weil er sich nach ihrer Auffassung mehr gegen die Besitzenden richtet. Infolge seines ausserordentlich festgefügten dogmatischen Unterbaus fällt es dem Mitterrandschen Machtsystem schwer, seine Schwenkungen ideell zu vertreten und plausibel zu machen. So wird bei jeder Kursänderung beteuert, die gleiche Politik werde fortgesetzt.

Noch am 4. April 1984, als Mitterrand an einer Pressekonferenz neue Akzente setzte, die weitherum als eine «Wende im Septennat» gewertet wurden, handelte es sich offiziell um die Fortführung der gleichen Politik. Diesmal nahm der Staatschef die industrielle Umstrukturierung an die Hand. Mit imposanter Konsequenz übernahm er im Interesse von Leistung und Rentabilität die Verantwortung für diese neue und zusätzliche Variante der wirtschaftspolitischen Härte. Ja, er warf den früheren Regierungen Unterlassungssünden vor, liess indes unerwähnt, dass die Um-

strukturierungen und Gesundschrumpfungen nirgends in den linken Programmtexten standen, und dass die Linke in der Opposition solche Bemühungen der einstigen Verantwortlichen aus allen Rohren beschossen hätte. Während nun Mitterrand sich den Sachzwängen beugte und auf die unvermeidlichen Rationalisierungen einlenkte, erklärte er: *«Es ist die gleiche Politik mit den gleichen Zielen, die freilich auf andere Hindernisse stösst, die anders zu bewältigen sind.»*

Nur eine Parenthese?

In dieses Kapitel gehört auch die Diskussion um die sogenannte «Parenthese». Die Sparpolitik, die nachgerade an die Kaufkraft der Lohnempfänger rührt und die die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sichtlich von der Spitze der Prioritätenliste wegbefördert, ist mit dem sozialistisch-kommunistischen Programm derart unvereinbar, dass sie höchstens als momentane Abweichung, als Parenthese hingenommen werden kann. Sie soll gleich wieder von Relance und Wachstumsförderung abgelöst werden. Zweifellos geben sich die kompetentesten Minister dieser Illusion nicht hin, doch mit Rücksicht auf die militante Basis der Linken muss offiziell von Parenthese gesprochen werden. Dies zeigte sich zum Beispiel am sozialistischen Parteikongress von Bourg-en-Bresse Ende Oktober 1983. Hier setzte sich erneut die Idee der Parenthese durch, äusserte sich die innere Ablehnung der «rigueur», die – so Premierminister Mauroy – «nicht unsere Politik ist». Dies geschah entgegen den Hoffnungen gewisser linksgerichteter – jedoch realistischer – Wirtschaftsjournalisten, die es begrüsst hätten, wenn sich die Sozialisten zur Anerkennung unverrückbarer Haushaltregeln und der «Herrschaft der Zahlen» durchgerungen hätten. In einem gewichtigen Interview mit der Zeitung «Libération» aber erklärte Präsident Mitterrand noch am 10. Mai 1984: «Ich bestehe darauf: die Politik der *rigueur* ist nur eine Parenthese.»

In Wirklichkeit darf dieser «Parenthese» eine erkleckliche Lebenserwartung eingeräumt werden – fünf, zehn, vielleicht mehr Jahre. Dies wegen der Schuldenlast, die sich die Linksregierung mit der unvorsichtigen Politik von 1981 aufgebürdet hat. Die französische Auslandverschuldung wurde offiziell per Ende 1983 auf 451 Milliarden Francs veranschlagt. Sie wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen, und laut den Kalkulationen des Finanzministers wird der Auslandschuldendienst – Zinsen und Rückzahlungen – die Staatsfinanzen in der Periode 1984 bis 1988 jährlich mit Summen zwischen 66 und 119 Milliarden Francs belasten. Allein aus dieser Rechnung ergibt sich die Unabwendbarkeit der Sparpolitik auf Jahre hinaus.

Linksallianz oder Neubeginn

Politische Beobachter, nicht zuletzt solche, die den Linksparteien nahestehen, äussern die Meinung, dass die offizielle Zweideutigkeit, das Versteckenspiel mit der Austerity und dem Kurswechsel schwere Nachteile hat. Die Unklarheit, Widersprüchlichkeit und Verlegenheit entzieht nach ihrer Auffassung dem Linksregime jede Dynamik, beeinträchtigt seine Glaubwürdigkeit und ist mitschuldig an der Unpopularität der wahlpolitischen Schwäche der Linksparteien. Im Idealfall müsste Mitterrand aufgrund klarer und ehrlicher Umstellungen einen Neubeginn wagen können, von dem mehr Überzeugungskraft ausginge. Doch dies scheint unmöglich, so lange der Präsident in der Linksunion, in der Allianz mit den Kommunisten, gebunden ist – gerade dieser ideologisch fundierte Bund ist es, der die Staatsführung zur Aufrechterhaltung der Fiktionen verurteilt. Die Kommunistische Partei hätte im Grunde bereits im Juni 1982 das Regierungsbündnis sprengen und ihre Minister zurückziehen müssen – nie hatte sie sich zur «Krisenverwaltung» bereit erklärt. Die reinen Parteiinteressen – das Abwägen von Vor- und Nachteilen des Mitwirkens in der Regierung – veranlasste die KP bisher zum Festhalten an der Regierungsallianz. Doch wurde ihr Verhalten mit zunehmender «Rigueur», mit zunehmendem Abweichen vom Kurs von 1981, immer renitenter. Ihr «interner Oppositionskurs» ab Sommer 1983 zunächst auf aussen- und verteidigungspolitischem Gebiet, dann auf wirtschafts- und industriepolitischem Gebiet wurde vom Staatschef mehrmals als unzulässig bezeichnet. Doch wurden daraus keine Konsequenzen gezogen. Es zeigte sich, dass die KP von selber nicht absprang, während anderseits der Präsident der KPF weder zur Disziplin zwingen konnte, noch auch sich entschloss, ihre Minister auszubooten. Denn dabei steht vieles auf dem Spiel: Der Bruch mit der KPF würde von einem Teil der Sozialisten nicht verwunden, und mit der Sprengung der Linksallianz würde Mitterrand auch die Spaltung der Sozialistischen Partei riskieren. Der erwähnte «Neubeginn» erscheint deswegen zwar auf weitere Sicht nicht ausgeschlossen, aber er hätte zur Voraussetzung eine völlig neue politische Kombination – unter Preisgabe von Mitterrands «Lebenswerk» – der Linksallianz.